



Wirtschaftspolitik durch die Brille des Mittelstands

IHK-Podiumdiskussion mit den Bundestagskandidaten: Die Themen reichten von Außenhandel bis Fachkräftemangel und Zuwanderung.

FOTO: INGO MÖLLERS

VON JOCHEN BRÜNNER

Ganderkesee-Stenum. Im Beirat Oldenburg-Land/Delmenhorst der Industrie- und Handelskammer Oldenburg (IHK) tauschen sich 47 Wirtschaftsvertreter regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen aus. Dreieinhalb Wochen vor der Bundestagswahl am 24. September hatte das Gremium mit Astrid Grotelüsch (CDU), Susanne Mittag (SPD), Christina-Johanne Schröder (Grüne), Christian Dürr (FDP), Herbert Sobierei (AfD) sowie Dieter Holsten (Freie Wähler) sechs Direktkandidaten des Wahlkreises 28 Delmenhorst/Landkreis Oldenburg/Wesermarsch zu Gast, die den Unternehmern ihre Prioritäten in der Wirtschaftspolitik erläuterten. Themen waren unter anderem die Bereiche Außenhandel, Digitalisierung, Fachkräftemangel und Zuwanderung.

Außenhandel

Im ersten größeren Themenblock ging es um das umstrittene Freihandelsabkommen TTIP mit den USA. Zwar liegt das Thema seit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump komplett brach, sodass man die Zeit mit Blick auf Themen, die für die Bundestagswahl von Belang sind, möglicherweise besser hätte nutzen können. Andererseits brachten die Wirtschaftsvertreter aber durchaus ihr Interesse und ihre Bedenken darüber zum Ausdruck, ob sich möglicherweise auch deutsche Unternehmen mit Sammelklagen und Schiedsgerichten auseinandersetzen werden müssen, wie sie in den USA üblich seien, wenn die Einigung erst erzielt ist.

FDP-Vertreter Christian Dürr bekannte, dass TTIP für ihn „die Lösung“ wäre, und er hoffe jetzt schon auf einen neuen US-Präsidenten, mit dem man das Thema in vier oder spätestens acht Jahren wieder aufnehmen könne. Auch Astrid Grotelüsch meinte, dass es sinnvoll sei, jene Barrieren abzubauen, die deutschen Produkten den Zugang zum amerikanischen Markt versper-

ren. AfD-Mann Sobierei hielt dagegen von dem umstrittenen Freihandelsabkommen überhaupt nichts. „Da sind die deutschen Interessen nicht genügend berücksichtigt. Bilaterale Handelsabkommen sind besser, weil da ausschließlich die Beteiligten am Tisch sitzen“, kommentierte er. Auch Christina-Johanne Schröder sah die weitere Globalisierung der Märkte eher kritisch, weil sie den ländlichen Raum schwächen würde. Erfolgsgeschichten von sogenannten „Hidden Champions“ bezeichnete sie als „politische Lyrik“.

Digitalisierung

Dürr sieht insbesondere die beiden „Ds“ – Digitalisierung und Demografie – als Zukunftsthemen der kommenden Jahre. „Sie werden unseren Wohlstand in der Zukunft bestimmen“, zeigte sich der FDP-Politiker überzeugt. So würde er etwa die Anteile des Bundes an der Deutschen Post und an der Telekom verkaufen und die Fördermittel bündeln, um beim Thema Digitalisierung voranzukommen: „Hier sind uns andere Nationen meilenweit voraus.“ Eine Erkenntnis, der auch die anderen Diskussionsteilnehmer nicht widersprechen mochten.

„Die Digitalisierung ist inzwischen genauso essentiell wie Wasser und Müll, und Häuser, die nicht ans Internet angebunden sind, sind inzwischen weniger wert“, erklärte Grünen-Politikerin Christina-Johanne Schröder und bezeichnete den Breitbandausbau als „soziale Daseinsfürsorge“ und „prioritäre Aufgabe“. Die 33-jährige Sozialwissenschaftlerin überraschte die Runde nicht nur mit der Aussage, dass sie gern dicke Akten durchackere, sondern auch mit dem Statement, dass ihre Partei im Falle einer Regierungsverantwortung zu allererst in Infrastrukturmaßnahmen investieren würde. Dazu zählte sie nicht nur den Breitbandausbau, sondern auch Reparaturen an Straßen sowie eine Offensive im Bereich Logistik. Mit AfD-Vertreter Herbert Sobierei saß auch ein gelernter Elektroingenieur in der

Runde. Er empfahl, die Glasfaserverkabelung zu forcieren, weil bei Kupferleitungen die Kapazitätsgrenze bei 100 MBit/Sekunde erreicht sei.

Fachkräftemangel

Da die Industrie dem Mittelstand zuletzt eine Menge Auszubildende abgezogen habe, forderte Sobierei beim Thema Fachkräftemangel die Industrie und den Mittelstand dazu auf, gemeinsam mehr Ausbildungsplätze bereitzustellen. Woher die Auszubildenden kommen sollen, die diese Plätze in Anspruch nehmen, sagte er nicht. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüsch sah einen „verschärften Wettbewerb um Arbeitskräfte“: Die Unternehmen müssten unter anderem mit Fortbildungen, einer besseren

bildung bis zum Master oder Meister. Zudem sei ein Drittel der Studienabbrecher geeignet für eine duale Ausbildung, erklärte die SPD-Bundestagsabgeordnete, womit eine weitere Lieblingsvokabel des Mittelstandes in die Diskussion eingebracht war. Denn die duale Ausbildung wünschen sich die Unternehmer gestärkt. FDP-Mann Christian Dürr nannte es einen „Skandal, dass die einzige Schulform, die auf die duale Ausbildung vorbereite, nämlich die Berufsbildenden Schulen, so schlecht mit Lehrern versorgt werde. Nicht selten liege die Quote der Unterrichtsversorgung an den BBS um die 80 Prozent.“

Zuwanderung

Dieter Holsten forderte ein praxisbezogenes Bildungssystem, eine Aufwertung der beruflichen Bildung sowie die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt. Damit war er nahe bei Christian Dürr, der erklärte: „Einwanderung im Arbeitsmarkt muss das zentrale Ziel sein. Es kann keine Integration parallel zum Arbeitsmarkt geben.“

Womit man beim Thema Zuwanderung angekommen war. Susanne Mittag bedauerte, dass das Einwanderungsgesetz, das ihre Partei auf den Weg gebracht habe, im Bundestag am Koalitionspartner CDU gescheitert sei. „Es ist deutlich übersichtlicher, die Zuwanderung nicht über die Asylgesetzgebung, sondern über Einwanderungsregeln zu steuern“, erklärte sie. Sobierei stellte sich dagegen natürlich ein ganz anderes „Einwanderungsgesetz“ vor. Um den Bedarf an Arbeitsplätzen auch in Zukunft decken zu können, müsse sich Deutschland weltoffen und nicht nationalistisch präsentieren, gab Christian Dürr zu bedenken. „Die Bundesrepublik ist schließlich nicht das Einwanderungsland Nummer Eins.“

Als Moderator führte der Bremer Hochschullehrer Rainer Lisowski souverän durch die Talkrunde, allerdings machten es ihm die ausgesprochen disziplinierten Kandidaten auch nicht allzu schwer.

#btw17
BUNDESTAGSWAHL 2017

Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie flexiblen Arbeitszeiten darauf reagieren. Dass viele junge Menschen nach dem Abitur den ländlichen Raum verlassen, habe eher mit der „Lebensstilistik“ zu tun als mit dem Jobangebot, befand Christina-Johanne Schröder.

„Auch früher hatten zehn Prozent der Schulabgänger keine Berufsausbildung, aber damals gab es noch Jobs, in denen diese Menschen aufgefangen werden konnten. Die gibt es heute nicht mehr“, betonte Susanne Mittag. Allerdings gehe es nicht an, dass Fachkräfte ihre Ausbildung auch noch bezahlen müssten. Die Position der SPD in dieser Frage laute deshalb: kostenlose Aus-